

auf deutschem Boden. Dieser Notwendigkeit entspricht die Deutsche Friedensdoktrin, die der Vorsitzende des Staatsrates der DDR, Walter Ulbricht, am 12. Juni 1964 auf der Freundschaftskundgebung im Moskauer Kremlpalast verkündete: „Anerkennung der bestehenden deutschen Grenzen gibt mehr Sicherheit in Europa. Anerkennung der Gleichberechtigung beider deutscher Staaten und die Respektierung ihres Selbstbestimmungsrechts sichern den Frieden in Deutschland und Europa und bahnen den Weg für die Wiedervereinigung zu einem friedliebenden Deutschland. Die Normalisierung der Beziehungen der Staaten Europas, Asiens, Afrikas, Amerikas zu beiden deutschen Staaten fördert Sicherheit in Europa und die Verständigung der Deutschen.“¹

Diese Deutsche Friedensdoktrin ist die echte, humanistische Alternative zu der Bonner Doktrin des kalten Krieges, der ewigen Spannung, der Nichtverständigung und der Nichtwiedervereinigung. Die Grundsätze der Deutschen Friedensdoktrin entsprechen voll und ganz dem Willen der Bevölkerung der DDR und - wir sind gewiß - sicher auch dem Wunsch der übergroßen Mehrheit der Bürger Westdeutschlands und Westberlins.

Die Ideen und Grundsätze der Deutschen Friedensdoktrin stehen im Mittelpunkt des offenen deutschen Gesprächs, das der Vorsitzende des Staatsrates der DDR, Walter Ulbricht, mit seinem Interview für die westdeutsche Wochenzeitung „Stern“ einleitete. Unter dem Eindruck der erfolgreichen Entwicklung der DDR, von der sich jeden Monat Tausende westdeutscher Besucher mit eigenen Augen überzeugen, greift unter allen Bevölkerungskreisen Westdeutschlands ein Gedanke immer stärker Raum: Die DDR existiert, erstarkt. Daran ändert auch die alte dogmatische Bonner Formel, daß nicht sein kann, was nicht sein darf, absolut nichts.

Arbeiter und Bauern, Gewerkschafter und Mitglieder der SPD, bürgerliche Intellektuelle und Studenten, Frauen und Jugendliche beschäftigen sich mit der Frage, wie das deutsche Problem auf friedliche Weise gelöst werden kann. Am stärksten am Frieden interessiert ist die Arbeiterklasse. Unter den Arbeitern setzt sich mehr und mehr die Erkenntnis durch, daß die sie bedrohenden Gefahren nicht aus der DDR, sondern von der Atomaufrüstung, von Notstandsgesetzen in Westdeutschland - nicht vom Sozialismus, sondern von der wachsenden Konzentration der ökonomischen und politischen Macht in den Händen der Monopole aus-

¹ Neues Deutschland (B), 13. Juni 1964.